

Holzarbeiter Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. Bezugspreis 50 Pf. im Monat. Inserate nach Tarif. Arbeitsvermittlungen 50 Pf., Verbandsanzeigen 30 Pf. die sechsgespaltene Millimeterzelle. Redaktion und Expedition: Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2. Fernruf F7 (Jannowitz) 6246.

Nr. 22 Berlin, den 28. Mai 1932 40. Jahrgang

Geplatzte Legalitätsmaskerade Von Fritz Tarnow

Als nach einer mehrmonatigen Pause der Reichstag am 9. Mai wieder zusammentrat, lag an sachlichem Beratungsstoff, außer einem Kredit-Ermächtigungsgesetz für die Regierung, das aus formalen Gründen dringend war, nichts vor, das diese Tagung notwendig gemacht hätte, abgesehen natürlich von einer politischen Aussprache, wozu nach den vorausgegangenen Wahlen ein allseitiges Bedürfnis bestand. Damit verbunden waren Mißtrauensanträge gegen die Regierung Brüning, wobei sich erwies, daß die von den Nationalsozialisten geführte Kampagne zum Sturz der Regierung, trotz aller Hilfstuppen rechts und links, immer noch eine sichere Mehrheit gegen sich hat.

Die eigentliche Bedeutung dieses kurzen Tagungsabschnitts lag mehr in dem Drum und Dran. Man glaubte nämlich, ein politisches Pfingstwunder zu erleben. Hatte sich nicht der Heilige Geist des Parlamentarismus zu den Bänken der Nationalsozialisten herniedergelassen? Wo sonst die wilden Braunheiden kriegerische Tänze gegen das parlamentarische System aufzuführen pflegten, sah man jetzt höchst sitzsame Bürger mit westeuropäischen Manieren brav und ergebnis sitzend. Sie liefen nicht mehr brüllend hinaus, wenn ein marxistischer Erbfeind die Rednertribüne bestieg, sie hörten sich sogar fast ohne Zwischenrufe und ohne daß ihnen der Schaum vor den Mund trat, den sozialistischen Sprecher an, der die Gelegenheit benutzte, um erbarmungslos die schmierige Demagogie und Zweideutigkeit der Hitler-Bewegung mit erdrückendem Beweismaterial anzuprangern.

Warum diese reichlich dick aufgetragene Maskerade der parlamentarischen Legalität? Die politische Situation gibt darüber genügend Aufschluß. In einer übertrieben demokratischen Auslegung der Weimarer Verfassung begründen die Nationalsozialisten nach ihren letzten Wahlerfolgen einen Rechtsanspruch auf die Ausübung der Regierungsmacht, weil sie nun die stärkste Partei geworden seien. Einen solchen Rechtsanspruch gibt es aber in der Verfassung nicht, und das hat ja auch die Sozialdemokratie erfahren müssen. In der Verfassung steht nur, daß die Regierung die Mehrheit des Parlaments hinter sich haben muß, und dazu reicht es nun bei den Nazis, einschließlich der hilfswilligen Sympathisierenden, noch keineswegs aus.

Die Hoffnung auf die Mitwirkung der Kommunisten, entsprechend der These, daß zwischen Brüning, Braun

und Hitler keinerlei Unterschied sei, ist immerhin nicht ganz sicher. Die Nazis möchten aber nicht länger warten, und so bleibt ihnen letzten Endes nur noch die Möglichkeit einer Koalition mit dem Zentrum. Die offiziellen Zentrumsstellen hüllen sich zwar in diplomatisches Stillschweigen und dementieren die Gerüchte, als ob schon Koalitionsverhandlungen in Preußen oder im Reiche begonnen hätten. Man wird aber gut daran tun, eine Verbindung zwischen Kreuz und Hakenkreuz nicht schlechthin für unmöglich zu halten, nur daß eben das Zentrum, schon aus eigenem Lebensinteresse, nicht umhin kann, gewisse parlamentarische Garantien von dem künftigen Ehepartner zu fordern. Auch einflußreiche außerparlamentarische Brückenbauer für den „legalen“ Weg der Nazis zur Macht — augenscheinlich haben sie starke Stützpunkte in der Umgebung des Reichspräsidenten und im Reichswehrministerium — dürften Wert darauf gelegt haben, daß ihre Schützlinge einmal ihre parlamentarische Salonfähigkeit unter Beweis stellen.

Ani guten Willen dazu hat es offenbar bei der nationalsozialistischen Parteileitung nicht gefehlt, aber es zeigte sich, daß die Zumutung an ihre Mannen, sich auch nur vorübergehend einmal nicht flegelhaft zu benehmen, über das Menschenmögliche hinausging. Am vierten und ohnehin letzten Verhandlungstage trat die Katastrophe ein. Nationalsozialistische Abgeordnete unter Führung des berüchtigten Fememörders Heines fielen im Reichstagsrestaurant hinterrücks über einen Journalisten her, schlugen ihn zu Boden und mißhandelten ihn auf das brutalste. Als der Überfallene dann von Reichstagsbeamten durch die Wandelhalle geführt wurde, stürzte sich die halbe Nazifraktion noch einmal über den Wehrlosen her, diesmal unter Führung des Abgeordneten Strasser, den seine Partei als den Würdigsten für die Stellung des preußischen Ministerpräsidenten in Bereitschaft hält. Im Drange ihrer entfesselten Gefühle vergaßen die Nazis ganz und gar, daß sie doch diesmal parlamentarischen Anstand spielen sollten. Statt nun wenigstens von den Rowdys und würdelosen Volksvertretern abzurücken, solidarisierte sich die ganze Fraktion mit ihnen und ermunterte sie, dem Ausweisungsbefehl des Präsidenten nicht Folge zu leisten, so daß die Sitzung geschlossen werden und die Polizei in Aktion treten mußte.

Dieses für den Reichstag unsagbar beschämende Schauspiel hatte immer-

hin das Gute, daß es die Fiktion zerstörte, als ob man die Hitler-Leute nur an die Macht kommen zu lassen brauche, um sie zu gesittetem Benehmen zu bringen. Sie können einfach nicht anders, als es ihnen ihre Rowdynatur eingibt. Die vorgetäuschte parlamentarische Legalität war nur eine Maskerade, und nun die Maske zerfetzt am Boden lag, standen die „rauhes Kämpfer“ Adolf Hitlers wieder in ihrer ganzen Ungeistigkeit, moralischen Minderwertigkeit und politischen Unfähigkeit vor der Öffentlichkeit.

Damit wurde nachträglich auch noch die Rede kommentiert, die der nationalsozialistische Abgeordnete Gregor Strasser am zweiten Tage der Verhandlungen gehalten hatte und die einen sehr scharfen Angriff gegen den Kapitalismus und recht artige Komplimente für die „marxistischen“ Gewerkschaften enthielt. Strasser hatte angekündigt, der Welt das positive Wirtschaftsprogramm der Nationalsozialisten zu unterbreiten. Was er vortrug, war aber kein Wirtschaftsprogramm, sondern ein Sammelsurium von Gedankengängen, die er zum guten Teil den marxistischen Lehren und dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Gewerkschaften entnommen hatte, nur

daß er ihren Sinn nicht begriffen hatte und sie deshalb um so leichter mit nationalsozialistischem Kohl eigener Produktion, wie Autarkie, Federsche Geldfabrikation usw., zu einem völlig ungenießbaren Gericht zusammenmengen konnte.

In ebenso amüsanter wie geistvoller Weise setzte sich der Sozialdemokrat Hilferding mit ihm auseinander, wies ihm die marxistischen Quellen der von ihm vorgetragenen Ideologie nach und gab ihm einen Elementarunterricht über ihren wirklichen Sinn.

Die Rede Strassers war eine neue Bestätigung dafür, daß die Nationalsozialisten jede Anschauung zu vertreten in der Lage sind, von der sie hoffen, daß sie ihnen Anhänger und Geld bringt. Vor Arbeitern antikapitalistisch und sozialistisch, vor Unternehmern als die Schützer des Kapitals gegen den Ansturm der sozialistischen Arbeiterbewegung. Allen Schichten das zu sagen und zu versprechen, was sie gern hören wollen, das ist das Geheimnis der nationalsozialistischen Wahlerfolge. Sie könnten gar nicht anders, als die einen oder die anderen betrügen, wenn sie zur Macht kämen. Man darf sicher sein, daß die Kapitalisten nicht die Betrogenen sein werden.

Auch eine Gewerkschaftskritik

Die Gewerkschaften haben sich die Aufgabe gestellt, den Berufsangehörigen die bestmöglichen Arbeitsbedingungen zu verschaffen. In Zeiten der schwersten Wirtschaftsnöte, wie wir sie in den letzten Jahren erlebt haben und noch erleben, hat sich die Lage der Arbeiterschaft wesentlich verschlechtert. Nicht nur der Nominallohn, auch der Reallohn wurde gesenkt, ohne daß es die Gewerkschaften verhindern konnten.

— Also haben die Gewerkschaften ihren Zweck verfehlt, sie sind überflüssig. Solche Urteile kann man mitunter von kurz-sichtigen Arbeitern hören. Es ist aber nicht sehr schwer, sie von der Fehlerhaftigkeit ihrer Schlußfolgerung zu überzeugen. Jeder Tag bringt Beispiele dafür, daß ohne die Tätigkeit der Gewerkschaften die Lage der Arbeiter noch weit schlimmer wäre. Die Gewerkschaften sind es, die dem wilden Drang des Unternehmertums nach Senkung der Löhne und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen zähen Widerstand entgegenzusetzen. Wenn sie auch in der Zeit der Massenarbeitslosigkeit in der Regel nicht angreifswise vorgehen können, so ist die Abwehr, die sie führen, für die Arbeiter nicht minder wichtig.

Wenn ein Arbeiter, der die Zusammenhänge des Wirtschaftslebens nicht zu übersehen vermag, angesichts des Elends, das er selbst erlebt und dessen täglicher Zeuge er ist, die Frage nach dem Wert der Gewerkschaften in der Krise aufwirft, dann ist

das allenfalls zu verstehen. Von einer Zeitschrift für Politik und Wirtschaft, die sich stolz „Marxistische Tribune“ nennt, muß man aber erwarten, daß sie sich bei einer Kritik der Gewerkschaften auf eine höhere Warte stellt. In ihrem Heft 10 vom 15. Mai gibt sie aber einem Analphabeten auf diesem Gebiete das Wort. Thea Kurtan, die dort über „Lohnabbau und Gewerkschaften“ schreibt, hat von dem Zweck, den Aufgaben und Zielen der Gewerkschaften keine blasse Ahnung. Diese Ahnungslosigkeit wird auch dadurch nicht ersetzt, daß die Dame durch ein Marx-Zitat andeutet, daß sie auf Grund wissenschaftlicher Studien zu ihrer Verständnislosigkeit gegenüber dem Gewerkschaftsproblem gekommen ist.

Thea Kurtan hat die niederschmetternde Entdeckung gemacht, daß im Jahre 1931 die Zahl der Arbeitskämpfe sowohl hinsichtlich der Zahl der verlorenen Arbeitstage als auch der beteiligten Lohnempfänger auf ein seit Jahrzehnten nicht erlebtes Niveau gefallen ist. „Noch erschreckender ist das Verhältnis zwischen gewonnenen und verlorenen Kampfbewegungen.“ Wäre die gute Thea in ihrem Studium der Gewerkschaftsbewegung ein wenig weiter vorgeschritten, dann hätte sie die erstaunliche Entdeckung gemacht, daß die Zahl der Lohnkämpfe gar nicht der richtige Maßstab für den Erfolg einer Gewerkschaft ist. In den Anfängen der Arbeiterbewegung ist allerdings jede

Arbeitseinstellung ein Zeichen für das Erwachen der Arbeiterschaft zum Selbstbewußtsein, zur Erkenntnis des eigenen Wertes. Das hat man im Lager der Arbeiterfeinde noch besser erkannt als im eigenen. Es sei nur an den Sozialistötter Puttkamer erinnert, der, nicht ganz mit Unrecht, „hinter jeder Arbeitseinstellung die Hydra der Revolution“ sah. Mit dem Fortschreiten der Gewerkschaftsbewegung erstarkte in ihr die Auffassung, daß der Streik nur Mittel zum Zweck ist und daß die Taktik der Gewerkschaften dahin gerichtet sein müsse, die höchstmöglichen Erfolge mit dem geringsten Einsatz von Opfern zu erringen.

Unser Kritiker läßt der Arbeiterbewegung die Wahl zwischen zwei Wegen. Entweder fühlt man das eigene Schicksal verbunden mit dem des Kapitalismus und kämpft im Rahmen des Wohlergehens der kapitalistischen Wirtschaft um eine materielle Besserstellung. Das läuft darauf hinaus, daß es der Arbeiterschaft nur gut gehen kann, wenn es dem Kapitalismus gut geht. Also liegt es im Interesse der Arbeiterschaft, durch Verzicht auf Teile ihres Lohnes die Schwierigkeiten des Kapitalismus zu überwinden. Dieser Weg ist alt. Thea Kurtan entscheidet sich für den besseren, neuen: Man sieht zwischen den Interessen der Arbeiterklasse und denen des Kapitalismus „einen unüberbrückbaren Gegensatz und kämpft jederzeit und unter allen Umständen für die eigenen Interessen“.

Den gewerkschaftlichen Kampf kann sich Thea Kurtan nur in der Gestalt des Streiks vorstellen, deshalb ist sie entrüstet über „die in weitesten Kreisen der Gewerkschaftsführer und auch der Gewerkschaftsmitglieder bestehende Anschauung: In der Krise kann man nicht kämpfen.“ Diese Entrüstung ist ganz unangebracht, denn der wiedergegebene Gedanke hat bei den Gewerkschaftern keine Stätte. Sie denken gar nicht daran, in der Krise kampflös die Dinge treiben zu lassen. Aber sie erwarten nicht alles Heil vom Streik. Sie prüfen die Aussichten des Kampfes und haben nur ein mitleidiges Lächeln für die kindlichen Ratschläge von Leuten, die den Streik und den gewerkschaftlichen Kampf nur vom Hörensagen kennen.

Wollten die Gewerkschaften dem klugen Rat von Thea Kurtan folgen, dann müßten sie „die Ablauftermine der Tarife für die wichtigsten Industrien, wie Eisenbahn, Schwerindustrie, Metallindustrie und Bergbau, auf einen einzigen Tag legen“. Das ist doch eine Kleinigkeit, das kann man auch in der Krise, so meint die Thea, und dann können die Gewerkschaften auch alle Angriffe auf Lohn und Arbeitsbedingungen abwehren. Sie brauchen nur darauf zu bestehen, gemeinsam zu verhandeln, und außerdem müßten sie auch die Erwerbslosen erfassen und einsetzen. Hat doch schon Marx gesagt, und unsere Thea kennt ihren Marx, daß es Aufgabe der Arbeiterbewegung sei, „planmäßige Zusammenwirkung zwischen Beschäftigten und Unbeschäftigten zu organisieren“. Wir müssen zu unserer Schande gestehen, daß wir nicht wissen, in welchem Zusammenhang Marx diese Bemerkung macht. Aber wir wissen, daß Thea Kurtan mit ihrem Nachweis der Interessengemeinschaft von Betriebsarbeitern und Erwerbslosen offene Türen einrennt.

Wenn allerdings aus dieser Interessengemeinschaft die Notwendigkeit gefolgert wird, sie auch in gemeinsamen Kämpfen von Betriebsarbeitern und Erwerbslosen zu verkoppeln, dann erkennt man Gedankengänge, die nicht neu sind. Das hat man von den Kommunisten schon oft gehört. Nach deren Lehre ist es der Zweck der Gewerkschaften, Streiks zu inszenieren. Große, umfassende Streiks, die das Wirtschaftsleben lähmen, als Auftakt der großen Weltrevolution. Und wenn diese siegreich wäre, was wäre der Erfolg? An Stelle der Demokratie hätten wir die Herrschaft der Diktatur. Aber davon allein wird die Bevölkerung nicht satt. Die Vernichtung der Wirtschaft hätte für die Massen ein Leid zur Folge, ungleich schlimmer als das, unter dem wir heute leiden. Deshalb können die Gewerkschaften die ihnen freundlicher zugeordnete Rolle, als Vortrupp bei der Inszenierung der angestrebten Weltrevolution zu wirken, dankend ab-

Um auf die obenangedeuteten zwei Wege zurückzukommen, zwischen denen die Arbeiterbewegung zu wählen hat, so betrachten wir sie nicht als ein „Entweder — oder“, sondern vielmehr als ein „Sowohl — als auch“. Wir erstreben den Sozialismus, wir wollen die Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise und ihren Ersatz durch die sozialistische Wirtschaft. Aber wir führen den Kampf nicht in der Weise, daß wir hypnotisiert auf das Ziel starren und die Hindernisse übersehen, die auf dem Wege liegen. Die Gewerkschaften stehen mit beiden Füßen auf dem Boden. Die kapitalistische Wirtschaft ist die jetzt gegebene Tatsache, und unter der Herrschaft des Kapitalismus kämpfen die Gewerkschaften in erster Linie dafür, daß den Arbeitern ein gebührender Anteil an dem Ertrag ihrer Arbeit zukommt.

Die Taktik der Gewerkschaften ist nicht starr, sie muß sich den gegebenen Verhältnissen anpassen. Sie muß vor allem die Psyche der Arbeiter berücksichtigen. Sind es doch die Beteiligten selbst, die über eine Arbeitseinstellung beschließen. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Erfolgsaussichten um so gründlicher geprüft werden, je größer die Zahl derer ist, die draußen auf einen frei werdenden Arbeitsplatz warten. Die den Gewerkschaften obliegende Unterstützungspflicht ist um so schwerer, je spärlicher bei der zusammengeschrumpften Zahl der Beschäftigten die Beiträge fließen. Das sind Dinge, über die sich der Schriftgelehrte, der vom sicheren Port aus Kritik übt, keine Gedanken macht. Er kann mit einem Druck auf den Knopf die Truppen marschieren lassen, allerdings nur in der Phantasie — aber hart im Raum stoßen sich die Sachen. Wer sein gesichertes Einkommen hat, kann sich schwer vorstellen, mit welcher Sehnsucht der nach Beschäftigung ausblickt, der seit Jahren arbeitslos ist. Hunger tut weh, und es erfordert einen hohen Grad von Charakterstärke, die nicht jeder aufbringt, um mit der Familie weiterzuhungern und das verlockende Angebot auszuschlagen, das ihn zum Streikbrecher macht.

Die Gewerkschaften sind nicht sakrosankt. Als große Organisationen, die im öffentlichen Leben wirken, unterliegen sie auch der öffentlichen Kritik. Unter Umständen kann eine solche Kritik nützlich sein, wenn sie von einem Kenner der Materie geübt wird. Aber Ignoranten sollten die Finger davon lassen. Wir hatten bisher angenommen, daß die „Marxistische Tribüne“ Wert darauf legt, ernst genommen zu werden. Daß sie ihre Spalten solch kindlichem Gestammel öffnet, das anderwärts veröffentlicht, überhaupt keiner Beachtung wert gewesen wäre, wirft ein eigenes Licht auf diese Halbmonatsschrift für Politik und Wirtschaft.

Die wirtschaftliche Bedeutung der Gewerbehygiene

Mit diesem Thema befaßte sich die außerordentliche Tagung der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene am 12. Mai in Berlin. Vier Redner behandelten diese Frage, und zwar vom Standpunkt der Arbeiterschutzbehörden, des Unternehmers, des Arbeiters und des Volks-

wirtschafters. Alle, ohne Ausnahme, bemühten sich um den Nachweis, daß die Einführung von Unfallverhütungs- und Gesundheitsschutzmaßnahmen die Arbeitslust und Arbeitsleistung und damit die Wirtschaftlichkeit des Betriebes steigert und daß es schon aus diesem Grunde zweckmäßig ist, alles zu tun, was Unfälle verhütet und die Gesundheit der Arbeiter schützt.

Für den Arbeiter ist der Unfall- und Gesundheitsschutz im Beruf eine persönliche Angelegenheit, denn er ist dabei Objekt. Er muß deshalb alle gebotenen und technisch möglichen Schutzmaßnahmen auch dann fordern, wenn das Prinzip der Wirtschaftlichkeit bei der einen oder anderen Maßnahme einmal nicht genügend berücksichtigt werden kann. Es geht ja um seine Gesundheit und seine gesunde Glieder, für deren Verlust auch die beste Entschädigung keinen vollen Ersatz bieten kann. Immerhin wurden neben manchen bekannten auch viele neue beachtenswerte Anregungen vorgebracht, die populär zu machen sich alle vertretenen Arbeiterorganisationen sehr angelegen sein lassen werden.

Die öffentlichen Jahrestagungen der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene sind immer eine geistige Ausstellung des auf dem Gebiete der Gewerbehygiene Geleisteten und ein Appell an alle an der Gewerbehygiene beteiligten und interessierten Kreise, an Unternehmer und Arbeiter, an Berufsgenossenschaften, Arbeiterschutzbehörden, Wissenschaftler und Sozialpolitiker. Und wenn man vergleicht, was auf diesen auf tausende Einzelheiten sich erstreckenden Gebieten, insbesondere in den Großbetrieben, schon geleistet worden ist, dann müssen wir es als unsere Pflicht betrachten, die Bestrebungen der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene tatkräftig zu unterstützen und zu fördern. A.

Am Ende der Goldknappheit

In der letzten Zeit ist viel von der Goldknappheit die Rede gewesen. Sie sollte mit einer der Hauptsachen der furchterlichen Wirtschaftskrise sein. Ob das wirklich der Fall ist, läßt sich mit Bestimmtheit heute noch nicht sagen.

Die Goldknappheit wurde zurückgeführt einmal auf eine zu geringe Goldproduktion, zum andern auf die Anhäufung und Einschließung des Goldes in bestimmten Ländern, insbesondere in Frankreich. Was die Goldproduktion anbelangt, so ist diese in den letzten Jahren ständig gestiegen. Sie beträgt jetzt im Monatsdurchschnitt 161 Millionen Mark. Das sind 7 Millionen mehr als im Vorjahr und fast 20 Millionen mehr als im Monatsdurchschnitt der Jahre 1928 bis 1930. Auf Grund dieser Tatsache kommt der Statistiker der Reichskreditgesellschaft, Ernst Stern, im „Deutschen Volkswirt“ zu der Feststellung, daß eine Goldknappheit als Folge unzulänglicher Goldproduktion heute nicht mehr besteht.

Das jetzige Mehr an Produktion kann von gewissen Ländern auch nicht mehr aufgekauft werden. Selbst wenn der Wille dazu vorhanden wäre, fehlten dazu die Mittel. Insbesondere wird Frankreich nicht mehr in der Lage sein, seine bisherige Goldanhäufung weiterzubetreiben. Es spricht eher manches dafür, daß es nam-

hafte Goldmengen demnächst abgeben muß. Auch in den kleinen Gläubigerstaaten, z. B. die Schweiz und Holland, liegen die Dinge ähnlich. Es kommt ferner hinzu, daß in anderen Ländern, voran Indien, jetzt große Mengen Gold der Wirtschaft zugeführt werden.

Soweit die Weltwirtschaftskrise von der Goldproduktion und der Goldbewegung herrührt, ist mit einem baldigen Fortfall dieser Ursache zu rechnen. Das ist immerhin ein kleiner Lichtblick.

Die Reichsbahn nimmt keine Rücksicht auf die Arbeiter

Um in den kommenden Monaten die Reiselust zu fördern, hat die Reichsbahn für die Zeit vom 1. Juni bis zum 15. Oktober Sommerurlaubskarten eingeführt, die 20 Prozent billiger sind als gewöhnliche Fahrkarten. Das ist eine lobenswerte Maßnahme, schade nur, daß sie allein dem sogenannten besseren Publikum zugute kommt. Denn einmal werden die Sommerurlaubskarten nur für Entfernungen von mindestens 200 Kilometer ausgegeben. Solche weiten Reisen können sich in der heutigen furchtbaren Notzeit nur verhältnismäßig wenige Menschen leisten. Die übergroße Mehrzahl derer, die eine Ferienreise überhaupt noch machen können, sind gezwungen, in der allernächsten Nähe ihres Heimortes zu bleiben. Sie haben von der Einführung der Sommerurlaubskarten also keinen Vorteil. Wenn es unter ihnen nun aber einige gibt, die vielleicht aus Familiengründen eine weite Reise machen müssen, dann können sie eine Sommerurlaubskarte nur dann beziehen, wenn sie mindestens 11 Tage unterwegs sind. So lange Ferien hat aber nur ein kleiner Bruchteil der heute noch beschäftigten Arbeiter und Angestellten. Die anderen können aus diesem Grunde die Einrichtung der Sommerurlaubskarten nicht ausnutzen.

Wenn man sich alle diese Tatsachen vergegenwärtigt, muß man zu der Ansicht kommen, daß die Verwaltung der Reichsbahn alles getan hat, was menschenmöglich ist, um die große Masse der Arbeiter und Angestellten von dem Vorteil der Sommerurlaubskarten auszuschließen. Das sollte eigentlich nicht die Aufgabe der Reichsbahnverwaltung sein.

Riesige Einkommensverluste

Das Einkommen aller Arbeiter, Angestellten und Beamten betrug im 1. Vierteljahr 1932 nach einer Schätzung des Instituts für Konjunkturforschung 6,5 Milliarden Mark. Gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres ist das ein Rückgang um 25 Prozent. Gieht man vom Höhepunkt des Arbeitseinkommens aus, nämlich vom 3. Vierteljahr 1929, dann war das Lohn- und Gehaltseinkommen im ersten Viertel des laufenden Jahres nur etwa halb so groß wie damals.

Diese Zahlen beweisen die furchterliche Lage der deutschen arbeitenden Bevölkerung. Angesichts dieses gewaltigen Einkommensrückganges der breiten Massen ist es kein Wunder, daß die Wirtschaftskrise diesen Umfang angenommen hat. Denn wenn die Mehrheit des Volkes, das sind die Arbeiter, Angestellten und Beamten, seinen Bedarf an Lebensgütern nicht mehr befriedigen kann, müssen die Betriebe und die Verkaufsgeschäfte zum Stillstand kommen. Die Arbeiterschaft ist der Hauptkonsument aller großen Verbrauchsgüterindustrien. Deshalb ist jeder Lohn- und Gehaltsabbau eine Schädigung der ganzen deutschen Wirtschaft. Das liegt so klar auf der Hand, daß auch die Unternehmer es begreifen könnten.

Arbeitslose und Rundfunkgebühren

In Nr. 18 der „Holzarbeiter-Zeitung“ berichteten wir über eine Verfügung des Reichspostministers wegen der Befreiung von Arbeitslosen von der Zahlung der Rundfunkgebühren. Zu den in der Notiz erwähnten Voraussetzungen kommt noch eine weitere hinzu, nämlich die, daß der Arbeitslose aus der Arbeitslosenversicherung abgesteuert sein muß. Nur Krisen- und Wohlfahrtsunterstützten ist ein empfindlicher Anreiz, ihren Antrag von der Zahlung der Rundfunkgebühren frei werden.

Nazi-Zellen in den Betrieben



Ich erwarte, daß jeder von euch im Kampf gegen die Gewerkschaften seine Pflicht tut

Was wird aus der deutschen Holzindustrie?

V*).

Die Frage, welchen Einfluß der starke Rückgang der Bautätigkeit auf den Beschäftigungsgrad der beiden größten Branchen der Holzindustrie hat, ist nicht leicht zu beantworten. Da muß man zunächst einmal wissen, welche Bedeutung die Bauwirtschaft für die Sägewerksindustrie und die Bau- und Möbelschlerei überhaupt hat. Darüber liegen unseres Wissens einwandfreie oder ziemlich zuverlässige Berechnungen nicht vor. Das gilt insbesondere für die Möbelindustrie. Man hilft sich hier mit der billigen Behauptung, daß, wenn viel Wohnungen gebaut, auch viel Möbel gebraucht werden, und wenn der Wohnungsbau daniederliege, habe auch die Möbelindustrie nichts zu tun. Inwieweit dies zutrifft, werden wir noch sehen. Auch bezüglich der Bautischlerei hört man kaum mehr als diese Redensart, die hier auch einleuchtend klingt; doch darüber später Näheres. Etwas mehr weiß man über die Zusammenhänge der Geschäftslage in der Bauwirtschaft und der Sägewerksindustrie. Davon soll zunächst die Rede sein.

Der Holzbedarf der Bauwirtschaft ist groß, sehr groß, insoweit sind sich alle Sachverständigen einig. Sobald sie Mengenzahlen nennen, gehen ihre Schätzungen aber beträchtlich auseinander. Prof. Endres schreibt in seinem „Handbuch der Forstwirtschaft“, daß im Durchschnitt der Jahre 1907 bis 1913 die Bauwirtschaft 52,8 Prozent der insgesamt verbrauchten Nutzholzmengen verarbeitet habe. Da er von 42,7 Millionen Festmeter Rundholz ausgeht, so wären 22,5 Millionen Festmeter auf die Bauwirtschaft entfallen. E. Biedermann rechnete in Nummer 35/1920 der „Holzwelt“ mit 16,2 Millionen gleich 36,7 Prozent der 44,1 Millionen Festmeter, die im Jahre 1913 verbraucht worden sind. Zu dem gleichen Ergebnis kam auch der inzwischen verstorbene Prof. H. W. Weber in seinem Buche über „Forstwirtschaftspolitik“.

Von den 16,2 Millionen Festmeter sollen 8,2 Millionen vom Wohnungsbau verbraucht worden sein. Diese Schätzung weicht stark ab von jener der Holz- und Wohnungsbausachverständigen im Bericht des Enquete-Ausschusses über den deutschen Wohnungsbau. In ihrem im Sommer 1930 ergänzten Gutachten führten die Bauunternehmer und Holzindustriellen Sommerfeld, Ehring und Lück aus, daß der Holzbedarf für eine Durchschnittswohnung von drei Zimmern jetzt (1930) noch ebenso groß sei wie in der Vorkriegszeit, nämlich je Wohnung etwa 12 Kubikmeter Schnittholz. Da sie für 1930 mit rund 300 000 Wohnungen rechneten (in Wirklichkeit wurden 302 600 gebaut), schätzten sie den Schnittholzverbrauch des Wohnungsbauausbaues auf insgesamt 3,6 Millionen Kubikmeter oder auf fast 5 Millionen Festmeter Rundholz. Diese Rechnung stimmt mit unseren Feststellungen überein, die wir auf Grund genauer Kalkulationen verschiedener Baubetriebe im Vorjahre gemacht haben. Dies möchten wir besonders gegenüber des „Ergänzungsgutachtens“ des Sachverständigen Ehring vom 6. August 1930 betonen, in dem behauptet wird, daß infolge des vorzugsweisen Baues von Kleinwohnungen und der zunehmenden Verdrängung des Holzes durch andere Stoffe nun kaum noch 6 Kubikmeter Schnittholz je Wohnung verbraucht werden. Das ist eine völlig unbewiesene und unbeweisbare Behauptung. Im Gesamtgutachten der drei Sachverständigen wird darauf hingewiesen, daß die Holz mengen, die gegenüber der Vorkriegszeit heute dadurch gespart werden, daß allgemein schwächere Hölzer verarbeitet und in Bädern und Küchen an Stelle von Balkendecken meist Massivdecken eingebaut werden, wettgemacht werden durch den allgemein üblichen Einbau von Doppelfenstern, Wandschränken usw. und vor allem durch den Flachbau. Immerhin ist es möglich, daß heute nicht mehr ganz 12 Kubikmeter Schnittholz auf eine Wohnung kommen, viel weniger aber nicht.

* Vgl. die Aufsätze in den Nummern 3, 6, 20 und 21.

Bis 1931 waren es jedoch 12 Kubikmeter Schnittholz oder etwa 16,5 Festmeter Rundholz im Durchschnitt je Wohnung. Gehl man mit den drei Sachverständigen von der Annahme aus, daß in den letzten Vorkriegsjahren der durchschnittliche Holzverbrauch je Wohnung gleichfalls 16,5 Festmeter Rundholz betrug, so ergibt sich folgende Rechnung: Damals wurden etwa 200 000 Wohnungen gebaut, 200 000 mal 16,5 ergibt 3,3 Millionen Festmeter Rundholz. Das sind 4,9 Millionen weniger, als Biedermann und Weber geschätzt haben.

Wie groß Endres den Holzbedarf des Wohnungsbaues schätzt, geht aus der erwähnten Veröffentlichung nicht hervor, er macht dort keine Unterscheidung zwischen Wohnungsbau und dem übrigen Bau. Aus der Tatsache jedoch, daß er den Holzbedarf aller Zweige der Bauwirtschaft höher veranschlagt als die beiden, darf wohl geschlossen werden, daß er auch für den Wohnungsbau mit einer noch größeren Holzmenge als Biedermann und Weber rechnet. Das ist zum Teil damit zu erklären, daß Endres den Holzbedarf der Bautischlerei einfach dem Baugewerbe zurechnet, während jene sehr richtig zwischen dem Holzbedarf des Baugewerbes und dem der Bautischlerei unterscheiden. Biedermann und Weber rechnen für das Baugewerbe und die Bautischlerei mit einem Holzbedarf von 19,7 Millionen Festmeter Rundholz. Endres dagegen rechnet, wie schon erwähnt wurde, mit 22,5 Millionen. Das sind 2,8 Millionen Festmeter mehr, als jene schätzen. Es ist schwer zu sagen, welche von diesen Schätzungen der Wirklichkeit am nächsten kommt. Das Material, das über den Holzbedarf des gewerblichen und öffentlichen Baues einschließlich des Tiefbaues vorhanden ist, ist so dürftig, daß daraus einigermaßen zutreffende Schlüsse nicht gezogen werden können. Wir neigen aber zu der Ansicht, daß sowohl die Schätzung von Biedermann und Weber als auch und erst recht die von Endres über das Tatsächliche sehr weit hinausgeht.

Zu dieser Auffassung muß man kommen, wenn man sich die geschätzten Zahlen über den Holzbedarf des Wohnungsbauausbaues in den letzten Vorkriegsjahren ansieht. Biedermann und Weber rechnen mit 8,2 Millionen Festmeter Rundholz, nach den Berichten der Sachverständigen im Enquete-Ausschuß kommt man auf 3,3 Millionen. Das ist eine Differenz von 4,9 Millionen. Eine von diesen Schätzungen muß sehr danebengreifen, das steht fest. Die Frage ist nur: welche? Wir glauben die von Biedermann und Weber. Das nehmen wir deshalb an, weil es sich hier mehr um eine rein gefühlsmäßige Schätzung handelt, während die der Sachverständigen des Enquete-Ausschusses von feststehenden Tatsachen ausgeht. Nämlich von der Tatsache, daß je Wohnung durchschnittlich etwa 12 Kubikmeter Schnittholz oder 16,5 Festmeter Rundholz verbraucht wurden — damals und bis 1931. Man wird also annehmen können, daß der Holzbedarf des Wohnungsbauausbaues in den letzten Vorkriegsjahren zwischen 3 und 4 Millionen Festmeter Rundholz betragen hat. Das ist also nicht einmal halb soviel, wie Biedermann und Weber geschätzt haben. Sicher ist auch ihre Schätzung des Holzbedarfs der übrigen Bauwirtschaft viel zu hoch. Doch darüber läßt sich im Augenblick nichts Bestimmtes sagen, da uns zuverlässige Unterlagen fehlen. So viel scheint indessen festzustehen, daß der Holzbedarf der Bauwirtschaft bisher im allgemeinen weit überschätzt worden ist.

Auch die Annahme des Dr. Kurt Hunscha im Sonderheft 17 des Instituts für Konjunkturforschung, daß rund 80 Prozent des deutschen Schnittholzumsatzes von der Bauwirtschaft aufgenommen werden, halten wir für falsch. Sie könnte stammen, wenn fast die ganze Holzverarbeitende Industrie als ein Teil der Bauwirtschaft betrachtet wird. So weit will Hunscha aber doch wohl nicht gehen. Es wäre interessant, zu wissen, wie er zu seiner Annahme gekommen ist, denn

irgendwelche sachliche Unterlagen muß er doch haben, oder ist es auch eine Schätzung auf gut Glück?

Trotz aller Kritik an den meisten Schätzungen über den Holzbedarf der Bauwirtschaft bleibt es doch wahr, daß sie der größte Absatzmarkt der Sägewerksindustrie ist. Deren Geschäftslage ist in stärkstem Maße abhängig von der des Baugewerbes. Nimmt die Bautätigkeit zu, erhöht sich der Bauholzabsatz, geht sie zurück, fehlt es den Sägewerken an Aufträgen. Die Veränderungen lassen sich für die ganze Bauholzwirtschaft leider nicht mengenmäßig nachweisen, da es weder eine Produktions- noch eine Absatzstatistik gibt. Nur für den Woh-

Holzbedarf des Wohnungsbaues.

Jahr	Zahl der neuen Wohnungen	Je Wohnung durchschnittl. 12 Kubikmeter Schnittholz od. 16,5 Festmeter Rundholz	
		Kubikmeter	Festmeter
Millionen			
1925	191 812	2,3	3,2
1926	220 529	2,6	3,6
1927	306 834	3,7	5,1
1928	330 442	4,0	5,5
1929	338 802	4,1	5,6
1930	330 260	4,0	5,4
1931	220 000	2,4	3,6
1932	140 000	1,9	2,3

nungsbau kann man einen solchen Versuch machen, und zwar indem man davon ausgeht, daß für eine Durchschnittswohnung 12 Kubikmeter Schnittholz oder 16,5 Festmeter Rundholz gebraucht werden. Multipliziert man diese Verbrauchszahlen mit der Zahl der Neubauwohnungen in den einzelnen Jahren, so erhält man den mengenmäßigen Holzbedarf des Wohnungsbauausbaues. Das Ergebnis dieser Rechnung enthält vorstehende Tabelle.

Im Jahre 1913 verbrauchte der Wohnungsbau, wie wir oben gesehen haben, 3,3 Millionen Festmeter Rundholz. Da 1925 weniger Wohnungen gebaut wurden als 1913, betrug in diesem Jahre der Bedarf nur 3,2 Millionen. Dann stieg er von Jahr zu Jahr, bis auf 5,6 Millionen Festmeter im Jahre 1929. Im nächsten Jahr ging die Wohnungsbautätigkeit zurück und damit auch ihr Holzbedarf auf 5,4 Millionen Festmeter. Im folgenden Jahre fiel er auf 3,6 Millionen und im laufenden Jahre wird der Wohnungsbau etwa 2,3 Millionen Festmeter Rundholz brauchen.

Die Schätzung für 1932 wird vielleicht dann zu niedrig sein, wenn die Stadtrand siedlungen in dem geplanten Umfang durchgeführt werden. Entgegen der ursprünglichen Absicht, diese Siedlungshäuser ganz aus Holz zu bauen, werden sie jetzt hier und da sozusagen halb aus Holz und halb aus Stein gebaut. Über die erforderliche Holzmenge für ein solches Siedlungshaus liegt uns zuverlässiges Material nicht vor, aller Wahrscheinlichkeit nach sind es aber mehr als 12 Kubikmeter. Auch sonst zeigt sich zur Zeit wieder eine größere Vorliebe für Holzhäuser. Das hängt wohl damit zusammen, daß die Holzpreise anormal tief liegen und infolgedessen das Holzhaus billiger ist als ein entsprechendes Steinhaus. Ferner ist von der Kleingartenbewegung, die jetzt für Arbeitslose ja auch systematisch gefördert wird, eine stärkere Nachfrage nach Bauholz zu erwarten. Die Mengen, die hier in Betracht kommen, sind vielleicht nicht sehr groß, in dieser Notzeit des Bauholzgeschäftes spielen sie aber doch eine gewisse Rolle.

Über den Holzbedarf des gewerblichen und öffentlichen Baues läßt sich eine ähnliche Rechnung wie für den Wohnungsbau nicht aufmachen, da dafür jegliche Unterlagen fehlen. Einen kleinen Ersatz bieten die Berechnungen des Instituts für Konjunkturforschung über den Anteil des Holzes am Wert der baugewerblichen Produktion. Danach beträgt der Holzanteil am Kapitalaufwand für den Wohnungsbau etwa 19 Prozent, für den gewerblichen und öffentlichen Bau etwa 16 Prozent. Dieser Schätzung liegen die Verhältnisse im Jahre 1930 zugrunde. Vorher wird der Holzanteil größer gewesen sein, da damals die Indexzahlen des Bauholzes höher waren als die der gesamten Baukosten. Später war es

anders, da war das Holz der billigste Baustoff. Das gilt besonders für die Gegenwart. Schon aus diesen Gründen ist es nicht ganz einwandfrei, wenn der Holzanteil für die ganze hier zur Betrachtung stehende Zeit in gleicher Höhe berechnet wird. Dazu kommt noch der Umstand, daß heute durchschnittlich je Wohnung weniger und auch minderwertigeres Holz verbraucht wird. Wir sind uns der Mängel unserer Rechnung in der folgenden Tabelle also sehr wohl bewußt, sie wären aber wahrscheinlich noch größer, würden wir aus dem Handgelenk heraus den Anteilsatz für die einzelnen Jahre verschieden hoch festsetzen.

Die Zahlen dieser Tabelle veranschaulichen drastisch die Wirkung des Auf und Ab der Bauwirtschaft auf den Bauholzmarkt. Im Jahre 1924, als die Bauwirtschaft sich aus den Trümmern des Zusammenbruchs der Kriegs- und Inflationsjahre allmählich zu erholen begann, betrug der Holzwert 443 Millionen Mark. Fünf Jahre später, 1929, erlebte die Bauwirtschaft ihre bisher beste Konjunktur. In diesem Jahre stieg der Wert ihres Holzverbrauchs auf 1,205 Milliarden Mark. Dann ging es rasend abwärts: 1930 noch 980 Millionen, 1931 noch 555 Millionen, und 1932 werden es gar nur 265 Millionen Mark sein. Die Angaben für 1931 und 1932 stammen, worauf noch einmal hingewiesen sei, nicht aus dem Institut für Konjunkturforschung, sondern es sind unsere Schätzungen. Das Nähere darüber haben wir im vorigen Aufsatz gesagt.

Anteil des Holzes am Wert der baugewerblichen Produktion.

Jahr	Wohnungsbau		Gewerbl. und öffentl. Bau		Holzwert insgesamt
	Wert insgesamt	davon 19 Proz. für Holz	Wert insgesamt	davon 10 Proz. für Holz	
Milliarden Mark					
1924	1,10	0,209	2,34	0,234	0,443
1925	1,85	0,351	2,97	0,297	0,648
1926	2,10	0,399	3,69	0,369	0,768
1927	2,90	0,511	4,91	0,491	1,042
1928	3,20	0,608	5,71	0,571	1,179
1929	3,50	0,665	5,40	0,540	1,205
1930	3,00	0,570	4,10	0,410	0,980
1931	2,00	0,380	1,75	0,175	0,555
1932	1,00	0,190	0,75	0,075	0,265

Die Holzwertzahlen umfassen die Kosten des Bauholzes und seine Verarbeitung im Bau. Es sind darin also auch die Löhne der Zimmerer und die Unkosten und Gewinne der Zimmereigenschaft enthalten. Ebenso natürlich auch die Unkosten und Gewinne der Sägewerksunternehmer. Wenn es möglich wäre, den Lohnanteil der Sägewerksarbeiter und der sonstigen beteiligten Holzarbeiter abzusondern, könnte man unter Zugrundelegung eines entsprechenden Durchschnittslohnes annähernd errechnen, wieviel von den in Betracht kommenden Berufsauehörigen jeweils durch die Bauwirtschaft Beschäftigung gefunden haben. Damit würden die Berechnungen des Instituts für Konjunkturforschung für uns noch aufschlußreicher, als sie es ohnehin schon sind. Eine solche Aufgliederung der Wertsummen ist bei den vorhandenen Unterlagen wahrscheinlich nicht möglich. Aber auch so, wie die Holzwertzahlen jetzt dastehen, zeigen sie uns die Bedeutung des Baumarktes für die Geschäftslage der Sägewerksindustrie. Diese wird mit einer vollen Beschäftigung erst dann wieder rechnen können, wenn die Bautätigkeit wieder einen Umfang wie etwa in den Jahren 1928 bis 1930 erreicht. Solange dies nicht der Fall ist, werden viele Sägewerke keine oder nur ganz kleine Aufträge haben. Mit einem solchen Aufschwung der Bauwirtschaft ist aber vorerst leider nicht zu rechnen.

Trotz alledem rechnen wir mit einer baldigen merkbaren Geschäftsbelebung der Sägewerksindustrie. Diese Hoffnung stützt sich auf die Tatsache, daß die heute noch arbeitenden schnittholzverbrauchenden Betriebe der Holzindustrie, die zusammen noch etwa 300 000 bis 350 000 Personen (einschließlich der Kurzarbeiter und Lehrlinge) beschäftigen, ihre Holzbestände ziemlich restlos aufgebraucht haben und nunmehr gezwungen sind, neues Holz einzukaufen.

Mit der Bautischlerei und der Möbelindustrie werden wir uns im nächsten Aufsatz beschäftigen.



Aus dem Verbandsleben



Die Vertragsbewegung im Holzgewerbe

Bayern

Die Parteiverhandlungen mit dem Arbeitgeberverband wurden am 13. Mai fortgesetzt. Die Unternehmer blieben bei ihrer Methode, die Verhandlungen in die Länge zu ziehen, um das Zustandekommen eines Ergebnisses zu verhindern. Unsere Kollegen machten diesem Spiel ein Ende. Sie erklärten die Verhandlungen als gescheitert und riefen den Schlichter an. Mit dem Landesverband bayerischer Schreinermeister konnte noch nicht verhandelt werden, weil dieser erklärte, keine oder nur beschränkte Verhandlungsvollmacht zu besitzen. Der Schlichter ist nun ersucht worden, die einzelnen Innungen zur Verhandlung zu laden.

Düsseldorf

Mit der Firma Gebr. Schöndorff ist am 14. Mai eine Verständigung dahin erzielt worden, daß der seitherige Lohn bis zum 30. Mai weitergezahlt wird. Bis dahin werden erneut Verhandlungen über Mantelvertrag und Lohn geführt. Kommt es hierbei zu einer Verständigung, dann gilt auch die Stillelegungsanzeige als erledigt. Andernfalls haben beide Parteien Handlungsfreiheit.

Bezirk Halle

Die Verhandlungen über die Schaffung eines neuen Mantelvertrages haben zu einer Verständigung geführt. Am 12. Mai wurde eine Vereinbarung getroffen. Der neue Mantelvertrag entspricht dem Tarifvertrag für das Holzgewerbe in Sachsen. Er gilt ab 1. Mai und ist erstmalig zum 15. Februar 1933 kündbar. Über die Lohnhöhe wurde eine Verständigung noch nicht erzielt. Die Verhandlungen hierüber wurden vertagt, nachdem vereinbart war, daß das seitherige Lohnabkommen bis 31. Mai in Kraft bleibt.

Köln

Die am 18. Mai vor dem Schlichtungsausschuß geführten Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband führten zu einer Vereinbarung. Durch sie wird in den Mantelvertrag der „angelernte Arbeiter“ aufgenommen, der bisher dort nicht enthalten war. Der Berufsgruppenschlüssel lautet nunmehr: Facharbeiter 100 Prozent, Angelernter 92, Hilfsarbeiter 83, Facharbeiterin 65 und Hilfsarbeiterin 55 Prozent. Weiter wurde vereinbart, daß die Ferien in diesem Jahre mit 60 Prozent abgegolten werden. Mit diesen Änderungen wird der Mantelvertrag verlängert; er kann mit Monatsfrist gekündigt werden, erstmalig am 1. Dezember 1932. Die gleiche Laufdauer hat das gleichzeitig getroffene Lohnabkommen, das den Lohn an der Spitze auf 1 Mk. festsetzt. — Mit der Tischlerinnung mußte gesondert verhandelt werden. Das Ergebnis war ein Schiedsspruch, der den gleichen Wortlaut hat wie die mit dem Arbeitgeberverband getroffene Vereinbarung.

Mecklenburg-Schwerin

Am 14. Mai wurde mit dem Tischlerinnungsverband beider Mecklenburg vor dem Schlichter Dr. Stenzel in Hamburg verhandelt. Die Unternehmer hatten eine ganze Reihe von Verschlechterungen gegenüber dem früheren Vertrag, der noch aus dem Jahre 1927 stammt, vorgeschlagen. In den Verhandlungen ist es gelungen, die Verschlechterungen größtenteils abzuwehren und noch verschiedene Verbesserungen zu erreichen. In den Geltungsbereich, der sich bisher nur auf Mecklenburg-Schwerin erstreckte, ist nun auch Mecklenburg-Strelitz einbezogen. Der Lohnschiedsspruch bringt eine Senkung des Lohnes an der Spitze von 26 auf 22 Pf. Der Tariflohn in den fünf Ortsklassen beträgt somit 22, 26, 31, 36 und 41 Pf. Der Schiedsspruch befristet den Mantelvertrag bis zum 15. Februar 1933, das Lohnabkommen bis 31. Oktober 1932. — Die Verhandlungen mit dem Landesverband der Arbeitgeber für das Holzgewerbe

fanden am 19. Mai statt. Das Ergebnis war die Feststellung des Schlichters, daß keine Aussicht besteht, einen Mehrheitsbeschluß in einer zu bildenden Schlichterkammer zu erzielen. Er macht deshalb den Parteien den Vorschlag, den für den Tischlerinnungsverband gefällten Schiedsspruch anzuerkennen. Hierüber sollen sich die Parteien bis zum 24. Mai erklären. Bis dahin läuft auch die Erklärungsfrist für den Schiedsspruch vom 14. Mai.

Die Kämpfe in Schwerin, Rostock und Güstrow dauern fort. Bemerkenswert ist, daß auch die Nazis dazu Stellung genommen haben. Die „Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation“ veröffentlicht eine Erklärung bezüglich der deutschen Holzwerke in Schwerin, worin sie ausspricht, daß sie „restlos auf seiten der ausgesperrten Arbeiter“ steht und den Nationalsozialisten verbietet, den Ausgesperrten in den Rücken zu fallen. Auf solche Erklärungen ist freilich nicht viel zu geben, denn man hat schon erlebt, daß derartige Kundgebungen die Nazis nicht verhindert haben, trotzdem den Streikbruch zu organisieren. Im vorliegenden Fall liegt allerdings der Knüppel beim Hunde.

Das gilt auch für die Kommunisten und ihre RGO., die ein Flugblatt an die Mecklenburger Holzarbeiter verbrochen haben, in welchem sie kräftig über unseren Verband schimpfen. Wenn die Kollegen die „verräterische Gewerkschaftsbürokratie“ ausschalten und in den Betrieben und Stempelstellen eine „Kampfführung auf breiter Grundlage“ wählen, dann kann unter der glorreichen kommunistischen Oberleitung der Sieg nicht ausbleiben. Im Kampfe für ein freies sozialistisches Räte-Deutschland im Bunde mit der Sowjetunion!

Hierzu ist weiter nichts zu sagen als: Laß schwätzen! Bei den Kämpfen, die unsere Kollegen in Mecklenburg führen, haben weder Kozis noch Nazis etwas zu melden.

Musikindustrie in Leipzig

Am 4. Mai wurde mit dem Verband der Musikindustrie Leipzig ein Tarifvertrag abgeschlossen, der bis zum 31. März 1933 gilt. Das dazugehörige Lohnabkommen ist bis zum 31. August 1932 befristet. Der Geltungsbereich erstreckt sich auf die Kreishauptmannschaften Leipzig und Zwickau. Der Abschluß ist in freier Vereinbarung zustande gekommen, und er regelt die Arbeitsbedingungen und den Lohn in der gleichen Weise, wie es durch den verbindlichen Schiedsspruch für das Holzgewerbe in Sachsen geschehen ist.

Durch diesen freien Abschluß wird die Entrüstung, welche die sächsischen Holzindustriellen und das ganze sächsische Scharfmachertum über den erwähnten Schiedsspruch zur Schau gestellt haben, treffend gekennzeichnet. Der Oberscharfmacher Witke hat den Ton angegeben mit der wahrheitswidrigen Behauptung, daß der Lohnschiedsspruch die Löhne um 2 bis 9 Pf. erhöhe. Dieser Schwindel ist so oft wiederholt worden, daß ihn schließlich seine Erfinder glauben oder wenigstens zu glauben vorgeben. Er ist noch in der „Holzindustrie“ vom 7. Mai wiederholt. Und nun erklären die Musikindustriellen durch den freihändigen Vertragsabschluß diese Lohnregelung für angemessen und erträglich! Eine wohlverdiente Abfuhr für den Arbeitgeberverband der deutschen Holzindustrie und seine Helfer.

Sägewerksindustrie

Bayern

Der am 2. März mit dem Arbeitgeberverband bayerischer Sägewerke abgeschlossene Mantelvertrag nebst Ortsklassenverzeichnis ist durch Entscheidung des Reichsarbeitsministers vom 9. Mai mit Wirkung ab 1. Mai für allgemeinverbindlich erklärt.

Rheinpfalz

Die am 23. März getroffene Vereinbarung über die Verlängerung des Tarifvertrages und die getroffene Lohnregelung ist durch Entscheidung des Reichsarbeitsministers vom 9. Mai für allgemeinverbindlich erklärt. Die allgemeine Verbindlichkeit begann am 1. Mai.

Oberbayern und Schwaben

In den am 11. Mai geführten Verhandlungen wurde der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses ermächtigt, einen verbindlichen Schiedsspruch zu fällen. Der Spruch brachte einen Abbau um 4 Prozent. Der Lohn an der Spitze beträgt nun in München 80 Pf., in den fünf weiteren Ortsklassen 77, 69, 63, 57 und 51 Pf. Erstmals kündbar zum 31. Juli.

Franken und Oberpfalz

Vor dem Schlichtungsausschuß in Nürnberg wurde am 3. Mai ein Schiedsspruch gefällt, durch welche die mit dem verbindlich erklärten Schiedsspruch vom 8. Februar 1932 getroffene Lohnregelung ab 1. Mai wieder in Kraft gesetzt wird. Sie ist erstmals zum 30. Juni kündbar.

Ostpreußen

Die Unternehmer hatten das Lohnabkommen gekündigt und eine Senkung der Löhne um 15 Prozent gefordert. Nach Überwindung einiger Schwierigkeiten kam es zu Verhandlungen vor dem tariflichen Lohnamt. Dessen Schiedsspruch verlängert das seitherige Lohnabkommen bis zum 30. September.

Die Bürstenfabrikanten gegen die Sozialbeiträge

Der Reichsverband deutscher Bürsten- und Pinselabriken fühlt sich beschwert, weil seine Mitglieder zu höheren Beiträgen für die Unfallversicherung herangezogen werden. Er hat ein an die Ministerien des Reiches und der Länder adressiertes Rundschreiben an alle möglichen Stellen, sogar an alle deutschen Gewerkschaften versandt mit der Bitte, ihm „im Kampf um die Existenz und zur Erhaltung einer der ältesten deutschen Industriegruppen rückhaltlos zu unterstützen“. Auch uns ist dieses Schreiben zugegangen, wir bedauern aber, der ausgesprochenen Bitte nicht entsprechen zu können.

Die Eingabe des Reichsverbandes ist typographisch ganz hübsch ausgeführt, aber inhaltlich ist sie nicht gerade ein Muster von Klarheit. Wir sind überzeugt, daß viele Empfänger sich nach dem Lesen des Schriftstückes die Frage vorlegen werden: Was wollen die Leute eigentlich?

Die Eingabe wendet sich, wie es am Kopfe heißt, „gegen 60 Prozent höhere Sozialbeiträge“; im Text wird aber nur der Beitrag für die Berufsgenossenschaft erörtert. Die Bürstenfabrikanten fühlen sich also beschwert, weil sie zu höheren Leistungen für die Unfallversicherung herangezogen werden. Die Tatsache dürfte stimmen, doch sind die Einzelfälle, die in der Eingabe genannt sind, nicht gerade beweiskräftig. Im ganzen sind die Beiträge, welche die Unternehmer für die Unfallversicherung aufbringen, nicht gar so ungeheuerlich. Im Gesamtbereich aller gewerblichen Berufsgenossenschaften betrug der Beitrag pro 1000 Mk. Lohnsumme im Jahre 1929 12,75 Mk., im Jahre 1930 waren es 13,51 Mk. Das ist aber noch weniger als vor dem Kriege: im Jahre 1913 betrug der Beitrag 14,29 Mk. für je 1000 Mk. Lohnsumme.

Der Beitrag für das Jahr 1931, der jetzt erhoben wird, dürfte höher sein. Bei den Berufsgenossenschaften werden die im Laufe des Jahres entstandenen Aufwendungen im folgenden Jahre auf die Mitglieder nach einem bestimmten Schlüssel umgelegt. Da im Jahre 1931 die Zahl der Arbeiter zurückgegangen ist, muß der Beitrag auf eine niedrigere Zahl umgelegt und daher höher

werden. Die Berufsgenossenschaften haben ja nicht nur die Lasten aus den Unfällen zu tragen, die sich im Rechnungsjahr ereignet haben, sondern auch die aus den früheren Jahren. Je kleiner die Zahl der Beitragszahler bzw. die Lohnsumme, die den Maßstab für die Umlageberechnung bildet, desto höher der Beitrag.

In den Holzberufsgenossenschaften kommt neben der Lohnsumme auch die Gefahrenklasse, welcher die Berufsgruppe zugeteilt ist, als Maßstab für die Berechnung der Umlage in Betracht. Anscheinend wurden nun die Bürstenfabriken einer höheren Gefahrenklasse zugeteilt. Die Berufsgenossenschaften stehen in Selbstverwaltung der Unternehmer. Ob die Grundsätze, von denen sie sich bei der Eingruppierung der Betriebsarten in die Gefahrenklassen leiten ließen, richtig waren, entzieht sich unserer Beurteilung. Vertreter der Bürstenfabrikanten haben dabei mitgewirkt, Arbeitervertreter nicht.

Nun ist aber den Unternehmern durch die vierte Notverordnung eine starke Entlastung auf Kosten der verletzten Arbeiter zuteil geworden. Vom 1. Januar 1932 an werden Renten unter 20 Prozent nicht mehr gezahlt, Renten von 20 Prozent werden nur noch auf zwei Jahre bewilligt. Das bedeutet eine starke Entlastung für die Unternehmer, die sich bei der nächsten Umlage deutlich bemerkbar machen wird. Aber diese Entlastung geht auf Kosten der Arbeiter, die im Dienste der Unternehmer ihre gesunden Glieder eingebüßt haben.

Und nun verlangen die Bürstenfabrikanten, daß wir dafür eintreten sollen, ihnen die Versicherungsbeiträge noch weiter zu ermäßigen. Das wäre nur möglich, indem man die Bettelarmen, die man den Unfallverletzten gewährt, noch weiter beschneidet. Und dafür erwarten die Bürstenfabrikanten die Unterstützung der Gewerkschaften und der „Holzarbeiter-Zeitung“. Das ist doch etwas zuviel verlangt.

Überstundenwirtschaft

Aus Recklinghausen wird uns über eine kaum glaubliche Wirtschaft in dem dortigen Betrieb der Fahrzeugwerke berichtet. Obwohl die Arbeitszeit tarifvertraglich geregelt ist, werden munter Überstunden geschoben, so daß Arbeitszeiten bis zu 75 Stunden in der Woche herauskommen. Dabei besteht keineswegs Arbeitermangel: zahlreiche Arbeitslose ständen der Firma zur Verfügung. Aber diese findet es vorteilhafter, eine kleinere Zahl von Arbeitern bis zum Äußersten auszubenten. Es gibt zwar eine Gewerbeinspektion, deren Aufgabe es ist, die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen zu überwachen, doch scheint dort wenig Neigung zu einem Einschreiten vorhanden zu sein. Im Gegenteil, obwohl bereits wöchentlich 65 bis 67 Stunden gearbeitet wurde, erteilte die Gewerbeinspektion noch Erlaubnis für Sonntagsarbeit am 24. April und 1. Mai. Für den Himmelfahrtstag am 5. Mai und Sonntag, den 8. Mai, wurde zwar keine Erlaubnis erteilt, aber trotzdem ließ die Firma an diesen Tagen arbeiten. Wiederholt wurde bei der Gewerbeinspektion Beschwerde erhoben. Auf die letzte wurde der Bescheid erteilt, daß es den Beschwerdeführern freistünde, bei der Amtsanwaltschaft Strafanzeige zu erstatten. Dazu braucht man allerdings keine Gewerbeinspektion. Die Schwierigkeit liegt nämlich darin, daß die Arbeiter des Betriebes aus Furcht vor Entlassung mit ihrem Zeugnis zurückhalten. — Es soll jetzt eine Notverordnung in Vorbereitung sein, welche die Leistung von Überstunden von einer Genehmigung abhängig macht. Das Beispiel der Fahrzeugwerke Recklinghausen läßt erkennen, welche einen Wert eine derartige Verordnung hätte.

*Wird aufhören, die fünf Minuten
ist der 2. Wochenausbezahlung*



Unterhaltung und Wissen



Unterhaltung Samuel sucht den

21. Fortsetzung.

Copyright by Malik-Verlag AG, Berlin.

„Zum Glück“, erklärte der Pastor ernst, „gibt es in unserem Leben wenig Dinge, die wir nicht vergessen und uns selbst nicht verzeihen können.“

Der würdige Pastor hatte auf einen langen Kampf mit dem jugendlichen Verbrecher gerechnet, ehe dieser seine Sünde einsehen würde; nun hingegen bemerkte er, daß es seiner ganzen Redegewandtheit bedürfe, um den Burschen davon zu überzeugen, daß er nicht für ewig befleckt sei. Als Samuel endlich bereit war, an die Möglichkeit eines neuen Lebens zu glauben, wollte er dieses dort beginnen, wo er stehengeblieben war, beim Kampf gegen das Verhungern. „Ich muß beweisen, daß ich zu siegen vermag“, erklärte er. „Einmal unterlag ich der Versuchung, muß ihr nun Trotz bieten.“

„Aber, Samuel, kein Mensch ist zum Verhungern verpflichtet. Sie müssen gestatten, daß ich Ihnen helfe, für Sie Arbeit finde, Freunde.“

„Halten Sie mich nicht für undankbar! Aber weshalb sollte gerade ich begünstigt werden. Es gibt in dieser Stadt so viele Hungernde. Ich will sie lieben und ihnen dienen, darf nicht mehr haben als sie. Denn das wäre doch selbstsüchtig, nicht wahr? Ich würde aus meiner Reue Profit schlagen.“

„Das sehe ich nicht recht ein.“
„Freilich, Herr Pastor. Sie wollen mir doch helfen, weil ich meine Sünde bereue? Und es gibt so viele andere, denen nicht geholfen wird; einige kenne ich persönlich, die der Hilfe weit mehr bedürfen und sie auch mehr verdienen als ich.“

„Sie sind zu hart gegen sich, mein Junge, und auch gegen mich. Ich kann nicht allem Elend der Welt abhelfen, muß dort Hilfe leisten, wo ich es zu tun vermag. Deshalb muß ich Ihnen helfen. Begreifen Sie denn nicht, daß ich Sie in meiner Nähe behalten möchte, um über Ihr Wohl zu wachen? Wer weiß — vielleicht könnten auch Sie mir helfen. Sie wissen ja, die Ernte ist groß, und es gibt der Arbeiter so wenig. Sie könnten mir in der Kirche behilflich sein.“

„Ach, Herr Pastor!“ rief Samuel, überwältigt von Dankbarkeit. „Wenn Sie es so auffassen...“

„Gewiß fasse ich es so auf“, entgegnete Herr Vince. „Sie haben das Licht geschaut, wollen ein neues Leben führen. Leben Sie es hier in Lockmanville, es kann nirgend auf der Welt mehr vonnöten sein.“

Das kleine Mädchen hatte die ganze Zeit über stumm dem Gespräch der beiden gelauscht. Jetzt schnellte es jählings auf, trat zu Samuel und ergriff dessen Hand. „Bitte, bleiben Sie“, sagte Ethel.

Und Samuel erwiderte: „Gut, ich werde bleiben.“

Sie besprachen nun die Zukunft und was Herr Vince für Samuel tun wollte. Der biedere Pastor empfand gewaltige Unschlüssigkeit. „Ich werde mit Herrn Wygant reden“, meinte er. „Vielleicht kann er Ihnen in einer seiner Fabriken Arbeit geben.“

„Herr Wygant?“ wiederholte Samuel. „Meinen Sie Fräulein Gladys' Vater?“

„Ja. Kennen Sie Fräulein Gladys?“

„Ich sah sie einige Male.“

„Die beiden besuchen meine Kirche“, erklärte der Pastor.

„Wiel!“ rief Samuel. „Dann, dann sind Sie der Pastor von Sankt Matthäus?“

„Ja, wußten Sie das nicht?“

Samuel empfand leise Bestürzung; er hatte den großen Steintempel auf dem Hügel gesehen; es war ein Bau, dessen Pracht Samuels kühnste Träume überstieg.

„Besuchen Sie nie meine Kirche?“ fragte der Pastor.

„Ich ging einmal in die Missionskirche.“ Dies war eine kleine Kapelle im Armenviertel der Stadt. „Eine meiner Freundinnen geht immer dorthin, Sophie Stedman. Sie arbeitet in Herrn Wygants Spinnerei.“

„Ich würde mich freuen, wenn Sie unsere Kirche besuchten.“

„Das täte ich gerne. Ich wußte nur nicht, ob ich es eigentlich dürfte.“

„Es tut mir leid, wenn bei Ihnen ein derartiger Eindruck erweckt wurde. Die Kirche öffnet jedem die Arme.“

„Ja“, sagte Samuel entschuldigend, „aber ich wußte, daß die reichen Leute in die Sankt-Matthäus-Kirche...“

„Die Kirche gehört nicht den Reichen“, antwortete ernst der Pastor. „Die Kirche gehört Gott.“

Dankbar, beglückt beschloß Samuel, ein Besucher der Sankt-Matthäus-Kirche zu werden. In den Tiefen seiner Seele flüsterte ihm eine Stimme zu, daß diese auch Fräulein Gladys' Kirche sei. Er wird seine Göttin wiedersehen!

Sechzehntes Kapitel.

Voller Aufregung suchte Samuel die Stedmans auf, um ihnen sein Glück zu erzählen. Die Familie saß im Halbkreis um ihn; lauschte mit geweiteten Augen, voller Staunen. Es war doch wundervoll, einen Menschen, der soviel Abenteuer erlebt wie Samuel, im Hause zu haben. Doch bemerkte der Bursche, daß Sophie weniger Interesse bezeugte, als er erwartet hatte. Sie saß ganz still, preßte beide Hände gegen den Kopf. Als die anderen die Stube verlassen hatten, sprach sie: „O Samuel, ich fühle mich heute so schlecht. Weiß gar nicht, wie ich es weiterhin aushalten soll.“

„Hören Sie mich an, Sophie, daran dachte ich gleich: nun werde ich Ihnen helfen können.“

„Wieso?“



„Ich will Pastor Vince bitten, für Sie eine leichtere Arbeit zu finden.“

„Sagte er, daß er es tun würde?“, fragte das Mädchen.

„Nein; aber er ist doch zu allen Menschen so gut. Und alle die reichen Leute besuchen seine Kirche. Er sagte, ich solle ihm helfen. Ich werde für ihn Fälle finden, wo er helfen kann.“

Und Samuel schwärmte weiter von dem sanften und gütigen Pastor, versuchte bei Sophie ein Interesse für die neue Welt zu erwecken, die sich ihr eröffnen sollte. „Ich gehe morgen wieder zu Herrn Vince“, erklärte er. „Dann werden Sie schon sehen.“

„Samuel“, verkündete der Pastor am folgenden Morgen, „ich fand bereits etwas für Sie.“ Samuels Herz pochte vor Freude. Und nun erfuhr er, daß der Küster von Sankt Matthäus für seine Arbeit zu alt geworden sei. Man wollte ihn nicht entlassen, sondern ihm vielmehr eine Hilfskraft begeben. Freilich war der Lohn nicht hoch, doch würde diese Anstellung Samuel gestatten, in der Kirche zu arbeiten und in der Nähe seines Wohltäters zu bleiben. Tränen freudiger Dankbarkeit feuchteten Samuels Augen, als er die herrliche Nachricht vernahm. „Ich werde Fräulein Gladys häufig sehen“, flüsterte die Stimme in seiner Seele. „Herr Pastor“, sagte er nach einer kleinen Weile. „Ich habe auch für Sie eine gute Nachricht.“

„Was?“

„Die Möglichkeit, jemandem zu helfen.“

„Ob?“

„Der kleinen Sophie Stedman“, erklärte Samuel und berichtete, wie er die Witwe

kennengelernt hatte, wie die Familie gegen den Hunger kämpfte, sowie Sophies Erlebnisse in der Spinnerei.

„Was soll ich denn da tun?“ fragte der Pastor mit einem bekümmerten Blick.

„Wir müssen Sophie retten. Eine Arbeit finden, die sie nicht tötet.“

„Aber, Samuel“, warf Herr Vince ein, „es befinden sich so viele andere in der Lage dieses Mädchens; was kann ich dagegen tun?“

„Herr Pastor, Sophie hält die Arbeit nicht aus!“

„Ich verstehe, mein Junge; es ist schrecklich. Aber ich kann doch nicht für alle Menschen Arbeit finden.“

„Dann muß sie sterben!“ rief Samuel. „Wirklich, die Arbeit tötet sie. Und sie hat ihr ganzes Leben lang nie eine bessere Möglichkeit gehabt. Denken Sie doch daran, Herr Pastor, wie Ihnen zumute wäre, wenn Ethel in der Spinnerei arbeiten müßte.“

Eine Pause trat ein. „Ich weiß wirklich nicht, wie“, begann schließlich der verwirrte Pastor.

„Es wird Ihnen ganz leicht fallen, Sophie zu helfen; denn Herr Wygant gehört ja Ihrer Kirche an“, bemerkte Samuel.

„Was hat das damit zu tun?“

„Sie arbeitet doch in Herrn Wygants Spinnerei.“

„Ja, aber...“

„Sie glauben doch nicht, daß Herr Wygant nicht froh wäre, den Fall zu erfahren?“ fragte Samuel.

„Hm“, meinte der Pastor; dann trat abermals Schweigen ein. Es wurde von Ethel unterbrochen, die dem Gespräch gelauscht hatte. „Papa“, sagte das kleine Mädchen, „sollten wir nicht mit Fräulein Gladys darüber sprechen?“

„Freilich!“ rief Samuel.

Und auch der Pastor gab zu, daß dies ein guter Gedanke sei.

„Sie werden morgen mit mir in die Kirche gehen“, befahl Ethel, „und wenn Fräulein Gladys da ist, werden wir gleich mit ihr reden.“

Am folgenden Morgen fand sich Samuel ein, bebend vor Aufregung, seiner roten und grünen Krawatte peinlich bewußt. Er saß auf Ethels Einladung im Kirchenstuhl der Vinces. Ihm gegenüber erblickte er Fräulein Wygant, prächtig in einem Frühjahrskostüm, das sich mit leichtem Ernst der Sonntagsstimmung anpaßte. Sie sah ihren Anbeter erst nach dem Gottesdienst.

„Samuel!“ rief sie erstaunt. „Sie sind hier?“

„Ja, Fräulein Gladys. Ich arbeite jetzt in der Kirche.“

„Wirklich?“

„Ich soll dem Küster helfen“, fügte Samuel hinzu.

„Und er gehört jetzt auch zu unserer Kirche“, erläuterte die kleine Ethel. „Fräulein Gladys, lassen Sie sich von Sophie erzählen.“

„Von Sophie?“

„Sophie ist ein kleines Mädchen, das in der Spinnerei Ihres Papas arbeitet. Fräulein Gladys. Die Familie ist sehr arm, und Sophie ist krank; Samuel glaubt, daß sie sterben wird.“

„Wie traurig“, sagte Fräulein Gladys. „Erzählen Sie mir von Sophie, Samuel.“

Samuel berichtete alles. Einer plötzlichen Eingebung folgend, erzählte er auch, daß Sophie aus Fräulein Gladys' Händen ihr Weihnachtsgeschenk empfangen und daß sie Fräulein Gladys' Bilder aufbewahrt habe. Selbstverständlich rührte das Fräulein Wygant. „Ich will sehen, was sich für das Mädchen tun läßt“, sagte sie. „Was würden Sie für das Richtige halten?“

„Ich dachte daran“, erkühte sich Samuel, „ob es nicht vielleicht in Ihrem Heim eine Stelle für Sophie gäbe. Sie wäre sehr glücklich darüber.“

„Ich will es mir überlegen. Können Sie morgen das Mädchen zu mir bringen, Samuel?“

„Ja“, entgegnete er. Da er zufällig aufblickte, sah er wieder auf sich den eigentümlichen, forschenden Blick ruhen; der ihm das Blut in die Wangen trieb und seltsame, erschreckende Gefühle in ihm erweckte. Er wandte die Augen ab; seine Knie zitterten, als er das Kirchenschiff entlangschritt. Fräulein Gladys stieg in ihr Automobil. Samuel verabschiedete sich von Ethel und deren Mutter, eilte dann in die Sakristei, um Herrn Vince die gute Kunde zu überbringen.

Der wackere Pastor zog eben seine Manschetten an. „Ich freue mich sehr“, sagte er, „so ist es am besten.“

„Ja“, erwiderte Samuel. „Herr Pastor, mir ist noch etwas eingefallen.“

„Was, Samuel?“

„Ich brauche nur ein paar Minuten, um es Ihnen zu erzählen.“

„Ich wollte eben essen gehen“, begann der Pastor.

„Wenn Sie erlauben, werde ich Sie begleiten. Es ist wirklich sehr wichtig.“

„Gut.“ Der biedere Pastor empfand leise Unruhe.

„Es fiel mir mitten in der Nacht ein“, erklärte Samuel, während sie die Straße entlangschritten. „Ich konnte stundenlang nicht wieder einschlafen. Herr Vince, wir müßten Herrn Albert Lockman bekehren.“

„Bekehren?“ wiederholte der Pastor verblüfft.

„Ja, er führt ein wildes Leben, befindet sich auf einer schlechten Bahn.“

„Ja, Samuel, ich weiß, es ist schrecklich...“

„Wir müssen ihm ins Gewissen reden, er darf so nicht weiterleben.“

„Leider“, sagte der Pastor hastig, „kann ich da nichts tun. Die Lockmans sind alle Presbyterianer, und Herr Handy ist ihr Seelsorger.“

„Tut denn Herr Handy etwas in dieser Angelegenheit?“ erkundigte sich Samuel.

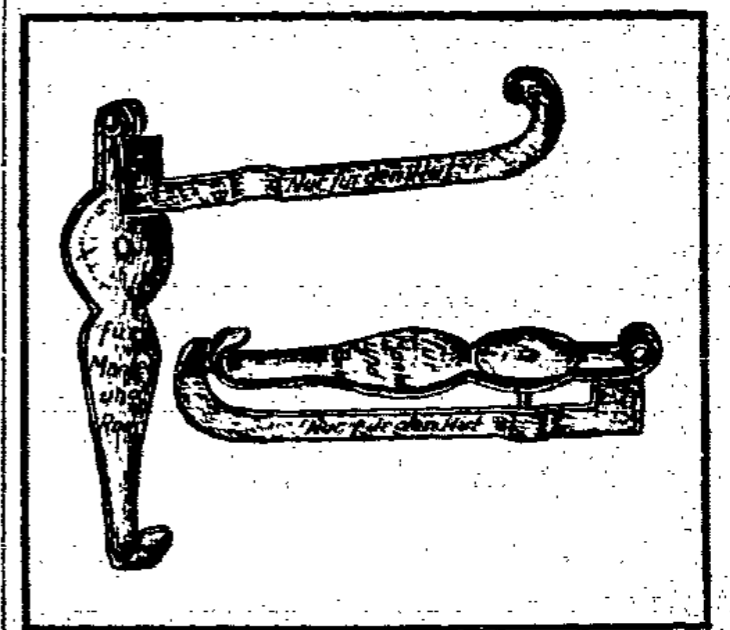
„Ich weiß es wirklich nicht, Samuel.“

„Denn handelt er nicht, so müssen wir etwas tun, Herr Vince. Etwas muß geschehen.“

(Fortsetzung folgt.)

Ein praktischer Kleiderhaken

Unter den Neuigkeiten der Zeit verdient ein Kleiderhaken besondere Beachtung. Er wird Spaziergängern, Wanderern und Sportleuten hochwillkommen sein, denn sie brauchen ihre Kleidungsstücke nun nicht mehr auf den Waldboden oder auf die Wiese zu legen, wo sie von allen möglichen Insekten bekrochen werden. Fast überall findet sich ein Baum, an dem man den im folgenden Bild gezeigten Kleiderhaken anbringen kann. Er wird mit dem rechts teilweise sichtbaren Dorn „angezweckt“, und man kann ihm dann unbedenklich seine Kleidungsstücke anvertrauen.



Die Lastverteilung ist technisch gut gewählt. Die Last auf dem unteren Haken zieht den Halter nach unten, sie verhindert damit ein Herausgleiten des Dorns aus dem Holz, und die verhältnismäßig geringe Last der Kopfbedeckung kann auch kein Herausgleiten des Dornes bewirken. Wenn der Kleiderhaken in härteres Holz eingezweckt wird, trägt er sogar unbedenklich zwei Garnituren. Die matt vernickelte Ausführung und seine handliche Form, der geringe Preis von 10 Pf. und seine unbegrenzt vielseitige Verwendung dürften ihm bald zu einem praktischen und beliebten Begleiter machen. Sz.

Rechtsfragen des Alltags

Unpfändbare Sachen

Was von den Möbeln unpfändbar ist, wird nicht mit ausreichender Deutlichkeit im Gesetz gesagt. § 811 der Zivilprozessordnung bestimmt lediglich, daß u. a. die folgenden Sachen der Pfändung nicht unterworfen sind: Kleidungsstücke, Betten, Wäsche, Haus- und Küchengerät, insbesondere die Heiz- und Kochöfen, soweit diese Gegenstände für den Bedarf des Schuldners oder zur Erhaltung eines angemessenen Hausstandes unentbehrlich sind. Für die Unentbehrlichkeit eines gepfändeten Möbelstückes ist der Zeitpunkt der Pfändung maßgebend.

Jedenfalls dürften als unentbehrliche Möbelstücke angesehen werden: die Betten, in denen die Familie schläft, Küchenschrank, Kleiderschrank, Tisch und Stühle, soweit solche Möbel nicht zu zahlreich vorhanden sind und dann vielleicht unbenutzt herumstehen. Hat jemand etwa ein Büfett, das er bereits einem anderen verpfändet hat, und wird dieses bereits anderweitig verpfändete Stück vom Gerichtsvollzieher gepfändet, so muß der Gläubiger sofort die Freigabe verlangen und sein Recht nachweisen.

Pfandrecht an Möbeln

Jemand will seinem guten Freund, der sich gerade in Not befindet, eine Summe Geld leihen. Der Freund will ihm dafür eine Möbelsicherheit geben als Sicherungspfand. Es genügt aber nicht, daß man das miteinander ausmacht und darüber einig ist. Nicht einmal ein schriftlicher Pfandvertrag reicht aus, wenn die Hauptsache vergessen wird: die verpfändete Sache muß dem Gläubiger auch übergeben werden. Ist das nicht der Fall, so kann jeder andere Gläubiger des guten Freundes das angeblich gepfändete Möbelstück für seine Forderungen pfänden lassen.

Nun ist die Übergabe nicht immer praktisch. Einmal will der gute Freund das Möbelstück weiter benutzen, und zum anderen entstehen mitunter Transport-schwierigkeiten, wenn es sich um größere Stücke handelt. Daher hat der Gesetzgeber zugelassen, daß die Übergabe auch ersetzt werden kann, indem beide vereinbaren, daß der gute Freund, anstatt die Sache zu übergeben, das Pfand behalten und verwahren möge, oder daß er es geliehen bekommt.

Wenn die Übergabe fehlt und auch nicht durch Verwahrung oder Leihe oder in ähnlicher Form ersetzt wird, so ist ein Pfandrecht nicht entstanden. Und der Geldgeber darf das Pfand nicht verwerten.

Ratenzahlungen und Arbeitslosigkeit

Hier und da findet man die Meinung vertreten, daß der Eintritt von Arbeitslosigkeit von der Verpflichtung, die Ratenzahlungen für irgendeinen gekauften Gegenstand pünktlich auch weiterhin zu entrichten, befreit. Diese Meinung ist leider falsch! Der Arbeitslose ist nach wie vor verpflichtet, die Raten für den gekauften Radioapparat, das Fahrrad, die Nähmaschine oder das Möbelstück zu entrichten. Wer so töricht ist, eine Familienzeitschrift mit Abonnementversicherung zu halten, muß auch weiterhin fleißig die Abonnementsgebühr bezahlen. Die Arbeitslosigkeit ist auf ein bestehendes privates Rechtsverhältnis ohne jeden Einfluß. Daran sollte jeder denken, der vor dem Abschluß eines Ratenkaufvertrages steht.

Wenn er verständig handeln will, lasse er in den schriftlich zu schließenden Kaufvertrag hineinschreiben: „Wird der Käufer arbeitslos, so entfällt für die Dauer der Arbeitslosigkeit jede Verpflichtung zur Ratenzahlung!“ Darauf wird der Verkäufer wahrscheinlich nicht eingehen, ein deutlicher Beweis, daß er unter allen Umständen die Einhaltung der Ratenzahlungen trotz Arbeitslosigkeit erzwingen wird. Deshalb: Hütet euch vor Abzahlungsgeschäften, besonders dann, wenn es sich nicht um ganz bekannte und vertrauenswürdige Unternehmungen handelt!

Unterhaltungspflicht gegenüber Verwandten

Nicht nur in der Arbeitslosenversicherung und auf dem Gebiete der Fürsorge spielen die Fragen der Unterhaltungspflicht eine gewichtige Rolle, sondern auch im täglichen Leben. Als Grundsatz gilt, daß Verwandte in gerader Linie verpflichtet sind, einander Unterhalt zu gewähren. In gerader Linie sind diejenigen Personen verwandt, deren eine von der anderen abstammt. Personen, die nicht in gerader Linie verwandt sind, aber von derselben dritten Person abstammen, sind in der Seitenlinie verwandt. Anspruch auf Unterhalt hat von den in gerader Linie Verwandten nur, wer außerstande ist, sich selbst zu unterhalten.

Aus dem Gesagten geht hervor, daß Geschwister nicht untereinander unterhaltspflichtig sind. Andererseits ist nicht unterhaltspflichtig, wer bei Berücksichtigung seiner sonstigen Verpflichtungen außerstande ist, ohne Gefährdung seines standesmäßigen Unterhalts den Unterhalt zu gewähren. Befinden sich Eltern in dieser Lage, so sind sie ihren minderjährigen unverheirateten Kindern gegenüber verpflichtet, alle verfügbaren Mittel zu ihrem und der Kinder Unterhalt gleichmäßig zu verwerten. Diese Verpflichtung tritt nicht ein, wenn ein anderer unterhaltspflichtiger Verwandter vorhanden ist; sie tritt auch nicht ein gegenüber einem Kinde, dessen Unterhalt aus dem Stamme seines Vermögens bestritten werden kann.

Sonne, Luft und Haus für alle

„Wir können nicht warten auf das tausendjährige Gottesreich, das aus der Erde ein Paradies zu machen verspricht: die uns damit verträsten, wissen von den schlichten Quellen der Freude, die uns überall fließen, nichts. Wir sind Menschen, freilich, und tragen das nicht immer leichte Menschenlos, aber wir sollen um so mehr von denjenigen Freudenquellen Gebrauch machen, die schon heute bei einigem guten Willen allen gemeinsam sein können.“

Diese Worte Gerhart Hauptmanns aus seiner Rede, die er bei der Eröffnung der Berliner Ausstellung „Sonne, Luft und Haus für alle“ hielt, kennzeichnen trefflich Charakter und Zweck dieser großen Sommerschau.

Diese Ausstellung ist ein natürliches Kind der Zeit. Sie ist aus dem Bedürfnis entstanden, vor allem dem Großstadtmenschen zu zeigen, was er tun kann, um die furchtbaren Nöte der Zeit seelisch und körperlich überstehen zu können. Heraus aus der Enge der Wohnung und der Stadt — das ist die Losung! Auf dem Papier nimmt sich diese Forderung sehr schön aus, ihre Umsetzung in die Praxis ist für viele Arbeiterfamilien jedoch eine schwere, kaum lösbare Aufgabe. Das Wochenende im Freien, der Besitz eines Kleingartens und erst recht der eines, wenn auch bescheidenen Eigenhäuschens kostet Geld — das aber gerade fehlt den meisten Arbeiterfamilien. Damit soll nichts gegen die Berliner Sommerschau 1932 gesagt werden. Im Gegenteil, wir freuen uns über sie und wünschen ihr recht viele Besucher.

Was ist dort zu sehen? Das ist auf dem aus zur Verfügung stehenden Raum nicht leicht zu schildern. Die Ausstellung gliedert sich in drei Hauptabteilungen: Das wachsende Haus — Der Kleingarten — Das Wochenende. Viel und wirklich Selbstenwertes ist in den sechs großen Hallen mit rund 25 000 Quadratmeter Ausstellungsfläche und auf dem 110 000 Quadratmeter großen Freigelände zu sehen.

Die Abteilung „Das wachsende Haus“ enthält 30 völlig eingerichtete Häuser. Es sind dies Häuser, die jederzeit durch Anbau erweitert werden können, ohne daß das Ganze dadurch an Ansehen und innerer Geschlossenheit verliert. Es wird hier ein Problem von größter sozialer Tragweite behandelt. Die Verfechter des „wachsenden Hauses“ gehen von der durchaus richtigen Erkenntnis aus, daß vielen Menschen das Geld fehlt, um sich sofort das erwünschte Haus bauen lassen zu können. Sie haben aber vielleicht so viel, daß sie mit einem ganz kleinen Häuschen anfangen könnten, das dann, wenn wieder neues Geld vorhanden ist, durch einen Anbau ergänzt werden kann. So geschieht es heute bereits sehr oft. Aber es wird ziemlich wahllos angebaut, so daß das fertige Haus kein geschlossenes Ganzes ist. Dies wollen die Aussteller — meistens namhafte Architekten — dadurch verhüten, daß sie von vornherein auf die spätere Erweiterung des Baues Rücksicht nehmen. Die ausgestellten Häuser kosten im allgemeinen 2500 Mk.

Die Abteilung „Der Kleingarten“ zeigt 22 eingerichtete Kleingärten von etwa 300 Quadratmeter Größe. Man sieht Gärten für den Kinderreichen, den Tierfreund, den Blumenfreund, den Gemüsefreund. Alle Grundstücke haben ein den Verhältnissen angepaßtes Häuschen. Hier kann der Lauben- und Gartenbesitzer viel lernen.

Die Abteilung „Das Wochenende“ gibt Ratschläge für Erholung und Sport. Ganz besonders interessant ist hier die Ausstellung der sportlichen Arbeiterverbände.

Die Berliner Sommerschau 1932 dauert bis zum 7. August. Für Gewerkschaftsmitglieder kostet die Eintrittskarte beim Bezug durch den Berliner Ortsausschuß des ADGB und sonstige Arbeiterorganisationen 1 Mk. Für Schüler unter 18 Jahren beträgt der Eintrittspreis 75 Pf.

Verantwortlicher Schriftleiter: M. Kayser, Berlin. Druck und Verlag: Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H., Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2.

Das Vorlagenwerk

Moderne Kleinmöbel

52 Tafeln (27x37 cm) über 300 Modelle mit Seiten- u. Grundrissen kostet jetzt nur noch **7,50 Mk.**

Inhaltsverzeichnis:

Abstellische, Abwaschische, Aktenständer, Aktenfächer, Anrichten, Besenbänke, Blumenkasten, Blumenstellagen, Blasenstanz, Bücherablagen, Bücherregale, Bücherschränken, Büromöbel, Bürostühle, Damenschreibische, Dieleumöbel, Dreisitzische kombiniert mit Serviertisch, Eckschränken, Frisiertisch, Frisiertoiletten, Frisiertische groß, Frisiertische klein, Fluggeräten, Fluggeräten mit Sitzgelegenheit, Garderobenständer, Gartenbänke, Gartenhocker, Gartenmöbel, Gartensessel, Gartentische, Gartentische, Glaschränke, Glasvitrinen, Grammophonplattenschränke, Handtuchhalter, Hocker, Kinderbett, Kinderstuhl, Kinderschränken, Kinderkommode, Kinderisch, Kinderzimmerhocker, Kinderzimmerfüßchen, Kinderzimmermöbel, Kinderstuhl, Kindersessel, Kochtischhalter, Klappisch, Klavierstuhl, Küchenbank, Küchenrahmen, Küchentisch, Lampentische, Lehnstuhl für Kinder, Musikschrank, Nähfische, Nähische, Notenpulte, Notenschränke, Notenständer, Palmenkübel, Papierkorb, Postamente, Puff für Wäsche, Putzzeugkasten, Rauchsische, Rauchsische mit Messingplatte, Rauchsische mit Ständerlampe, Radioschränke, Spanische Wand, Servierschränken, Serviertische (fabrizare), Spielzeugschrank, Schrank für Kinder, Schrankmöbel, Stuhl für Kinderzimmer, Ständerlampen, Ständerlampen mit Tischchen, Teetische und Tischchen, Teetisch mit Etage, Teetischwand, Tische, Topfset mit Handtuchhalter, Truhe, Truhebänke, Vogelbauer, Vitrinen, Wandchränken, Wandchränke, Wäschekommoden, Wäschchränken, Wäschtruhen, Wiegen, Wiegekombi, n. Kommode, Wickeltisch, Wickelkommode

Zu beziehen durch die

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes GmbH / Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2

Postfach 203020, Berlin Nr. 28397 (Deutscher Holzarbeiter-Verband)

Größer Preisabbau? Billige böhmische Bettfedern!

1 Pfund große, gut geschlossene Bettfedern 60 Pf., best. Qual. 90 Pf., halbwichtige Kanariene 1 M., 1,20 M., weiße, flaumige, geschlossene 1,50, 1,90, 2,50 M., beste geschlossene Halbkanariene-Herrschafsfedern 3,-, 4,-, 5,- M., Kapfedern, ungeschlossen mit Flaum 1,20 M., 1,50 M., weiß 1,90 M., weißer, allerfeinster Flaum 2,20, 3,20, 4,20 M., Muster und Preisliste kostenlos. Versand jeder Menge zeitlich gegen Nachnahme. Von 10 Pf. an auch portofrei. Nichtpassendes wird umgetauscht oder Geld zurück.
S. Benisch, Prag XII, Ameriká ulice Nr. 180, Böhmen.

Original-süddeutsche Hobelbänke 65

1a Qualität, 200 cm hintere Blattlänge, kompl. mit Stahlspindeln, ab südd. Station. Garantie für jede Bank. Abbildungen u. Werkzeugkatalog gratis.
M. WALTHER / Dresden - N. Rehefelder Straße 53

Hobelbänke 60 RM.

2 m lang, Stahlspindel, kompl. 1a Qual. Blatt 1a gedieg. Rotbuche. Garantie.
Werkzeuge Abbildung und Preisliste gratis Karl Ramisch, Pirna, „Kaserne“

Leimöfen, Furnierböcke

fabriziert als Spezialität. Preisl. gratis
Paul Ott, Stuttgart, Hermannstraße 13

Original-süddeutsche Hobelbänke... 65 Mark

2 m hintere Blattlänge, Stahlspindeln.
Werkzeug - Neuheiten! Preisliste gratis und franko OTTO BERGMANN BERLIN - LICHTERFELDE - WEST.

Gummiwaren Hygienisch, Artikel Preisliste 0 gratis. **Berlin SW 68, „Medicus“ Alte Jakobstraße 8.**

Wohnlaube und Siedlerheim

Wie bau' ich und was brauch' ich? Welche baupolizeilichen Vorschriften muß ich beachten? Wie mach' ich die Kostenrechnung?
Von Wilhelm Lotz
190 S. Text, mehrere hundert Zeichnungen von Grundrissen, Arbeitsvorgängen, Gerätschaften, Bauteilen, Ansichten v. Lauben u. Kleinhäusern. Ein praktisches Handbuch für Kolonisten, Kleingärtner, Siedler und alle, die es werden wollen.

Preis: 1,20 Mark

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes GmbH. / Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2

KARL MARX DAS KAPITAL

DER PRODUKTIONSPROZESS DES KAPITALS
UNGEKÜRZTE TEXTAUSGABE
ORGANISATIONSAUSGABE 2,50 MARK
VERLAGSANSTALT DES DEUTSCH. HOLZARBEITER-VERBANDES GMBH, BERLIN SO 16, AM KÖLLN. PARK 2

Wer Taschen- und Armbanduhr ganz billig kaufen will, verlangt Preisliste gratis von Uhren-Klose, Berlin SW 29/15, Zossener Straße 8



Togonal-Tabletten haben sich hervorragend bewährt bei
Rheuma - Gicht Nerven-Schmerzen
Ischias, Hexenschuß und Erkältungskrankheiten. Löst die Harnsäure und ist stark bakterientötend. Über 6000 Arztgutachten! Vollkommen, unschädlich! Frag. Sie Ihr Arzt. Ein Versuch überzeugt! In all. Apoth. Ermäßig. Preis M. 1,25.
12,8 Ltrh., 0,46 Cblm., 74,3 Acid. acct. aa!